

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten Dresden.
Buchdrucker-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Postbezugspreis für Monat Juli 3,00 Goldmark. Abzugszettel 10 Goldpfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzige 30 mm breite
Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Sammelanzeigen und Stellengesuch ohne
Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf., Differenzgebühr 10 Pf. Wusm. Ausdrücke gegen Voranschlag.

Schriftleitung und Hauptredaktionelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Weiß & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) gültig. — Unverlangte Schriftliche werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Macdonalds Standpunkt zur Räumung.

England ist bereit, am 10. Januar 1925 die Kölner Zone freizugeben.
Kompromissvorschlag der zweiten Kommission. — Erste Verhandlungen mit der deutschen Delegation Sonnabend oder Montag.

Neue Vorbehalle Herrjots.

London, 29. Juli. Ministerpräsident Herriot hat gestern in einem Briefe an Macdonald neue Vorbehalle sowohl bezüglich der Annahme des Kompromisses über die militärische Räumung als über die englische Auffassung in der Frage der Einladung in Deutschland getroffen gemacht. Der noch nicht abgeschlossene französisch-deutsche Handel über die Ruhrräumung und die Kompensationen, die von Herriot dafür verlangt werden, sind die Hauptursache, dass die Vollkonferenz gestern von einer Einladung an Deutschland absehen und deren Zeitpunkt zu bestimmen den Delegationen überlassen hat. Heute

die neuen Schwierigkeiten

verlautet: Macdonald hatte den Standpunkt der englischen Regierung dahin umschrieben, dass England eine völlige militärische Räumung des Ruhrgebiets binnen 6 Monaten nach volliger wirtschaftlicher Räumung erwarte. Der späteste Termin für die militärische Räumung würde berechnet auf Grund der ersten von der Konferenz angenommenen Termine. Die Räumung müsse zu Beginn der geplanten Wirtschaftskonferenz am 15. April nächsten Jahres vollendet sein.

Macdonald hat ferner darauf hingewiesen, dass England entschlossen ist, am 10. Januar nächsten Jahres die Kölner Zone gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu räumen und dass es „sehr ernste Bedenken“ gegen eine auch nur vorübergehende Besetzung durch andere alliierte Truppen geltend machen würde.

Frankreich und Belgien haben gegenüber dieser englischen Vorstellung schon am Sonnabend grundsätzlich ihr Einverständnis befunden, die militärische Räumung des Ruhrgebiets so rasch, wie nur möglich, zu vollziehen. Innerhalb der französischen und belgischen Delegation wurde aber im Verlaufe des Sonnabends und Montags ein

lebhafte Widerstand gegen das von den Premierministern grundsätzlich angenommene Kompromissgelingt gemacht, indem man an den Belgieren und Nollet bei den Franzosen darauf hinsieht, dass es unbedingt erforderlich sei, die von England auch aus innerpolitischen Gründen so lebhafte gewünschte militärische Räumung des Ruhrgebiets nur dann zu einem festen Termin anzutragen, wenn es gelingt, dieses Landestandessouveränität wieder zu erhalten. Die erwarteten Kompensationen beziehen sich augenscheinlich auf die Frage der Sicherheit und im Zusammenhang damit auf die Beibehaltung französisch-deutscher Eisenbahnen im Ruhrgebiet. Über die Dauer der Konferenz steht natürlich noch nichts fest. Eine weitere Vollkonferenz wird wahrscheinlich am Donnerstag stattfinden. An diesem Tage dürfte, wie in unterrichteten Kreisen angenommen wird, auch die Einladung an Deutschland erachen, so dass mit der Möglichkeit gerechnet werde, dass Sonnabend oder Montag die Verhandlungen mit Deutschland möglichst ununterbrochen im Zusammenhang durchgeführt und am Dienstag beendet werden können. Für Mittwoch nächste Woche fände dann noch eine Schlussklausur der Konferenz in Betracht, auf der das gemeinsam aufgestellte Protokoll unterzeichnet werden könnte.

Der veränderte Eindruck der Konferenz.

Sonderdienst von der Londoner Konferenz. London, 29. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt in einem um Mitternacht ausgegebenen Artikel, dass gestern abend die Entwicklung auf dieser Konferenz der Überbrückungen überraschend genug gewesen sei. Die Frage der Garantien für die Dawes-Umlauf ist nicht mehr der Hauptpunkt privater Verhandlungen. Einflussreiche französische Bankiers seien nach London gekommen, um das alliierte Schuldenproblem zu erörtern. Politische und militärische Sachverständige verhandeln über die militärische Räumung der Ruhr. Die eigentliche Konferenz, die einberufen war, um rein wirtschaftliche Probleme zu lösen, scheint in den Hintergrund getreten zu sein, und was sich zur Zeit hier ereignet, seien konzentrierte Verhandlungen über alle auftretenden diplomatischen, militärischen oder finanziellen Fragen, die auf die Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland Bezug haben. Seit der vertraglichen stark begrenzten Konferenz habe man jetzt so eine Art von geheimer Waffen-Konferenz.

Die Haupaufgabe der deutschen Delegation.
Eigner Berichterstattung der „Dresdner Nachrichten“. Berlin, 29. Juli. Die politische Verantwortung hat durch die abermals vertragte Berufung der Deutschen nach London eine

wesentliche Änderung nicht erfahren. In amtlichen Verbündeten Kreisen glaubt man, dass der Aufenthalt der voraussichtlich Donnerstag abreisenden Deutschen in London ohnehin von kurzer Dauer sein werde, da die Konferenz nach der offiziellen Eröffnung bis zum Jahresfest der deutschen Kriegserklärung beendet sein soll. Neue Verhandlungen im Kabinett seien auch nicht nötig gewesen, da der Inhalt des Deutschen Programms in London schon seit acht Tagen feststehe. Mit Überraschungen in London nach Ankunft der Deutschen ist, wie Herr Stresemann gestern zu Parlamentariern erklärt, kaum zu rechnen. Es sei Aufgabe der deutschen Delegation, lediglich den deutschen Mindestbedingungen Geltung zu verschaffen. Einen resultatlosen Ausgang der Londoner Konferenz würden auch die Deutschen nicht herbeiführen.

Der Hesseldzug der „Morning-Post“ gegen die Umlauf.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.) London, 29. Juli. Es finden nach wie vor Verhandlungen unter dem Vorbehalt einer eigentlichen Entscheidung statt. In diesem Zusammenhang ist das Bemühen, wie schon erwähnt, zutage getreten, Deutschland die Verantwortung über die Forderungen der militärischen Ruhrräumung in die Schub zu schieben. Nicht unwesentlich in demselben Zusammenhang steht der Hesseldzug, der auch heute wieder in der „Daily Mail“ und der „Morning Post“ gegen die von den Sachverständigen vorgeschriebene Umlauf für Deutschland geführt wird. „Morning Post“ schreibt, es könne leicht Endes auf die Frage ankommen, ob England durch die Konferenz und durch die Sicherstellung des Dawes-Berichts nichts weiter erreicht, als eine Stärkung seiner bisherigen Gegner auf dem Kontinent und des Europa beherrschenden Deutschlands. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ ist im allgemeinen optimistisch. Er weist darauf hin, dass die französischen Kreise immerhin eine gewisse Bereitschaft zeigen, die Frage der militärischen Ruhrräumung zu erörtern. Es handelt sich dabei nur um den

Preis, der von Frankreich gefordert wird. Auf diese Weise kommt die ganze Konferenz auf einen Kubus hinzu. Der Berliner Korrespondent der „Times“ beschäftigt sich mit der politischen Lage in Deutschland, zitiert mehrere deutsche Tageszeitungen und hebt hierbei die Wichtigkeit der militärischen Räumung, der Ehrenpunkte und der Schulfrage hervor. Der deutsche Standpunkt wäre darin im wesentlichen gegeben. Der Korrespondent führt aber fort: Der Einfluss der früheren Auseinandersetzung ist so weit verbreitet, dass es vollkommen unmöglich ist, vom guten Willen auf Deutschlands Seite zu sprechen.

Die Einkreisung Frankreichs in London.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 29. Juli. Die nächsten Tage werden über das Schicksal der Konferenz endgültig entscheiden müssen. Der ursprünglich klare Konferenzplan ist vollständig verloren gegangen. Alles in allem lässt sich sagen, dass der englische Standpunkt bisher unverändert geblieben ist und dass er eine nicht unbedeutende Wirkung auf Frankreich ausgeübt habe. Frankreich ist, wenn auch nicht in demselben Maße, wie es Frankreich geblieben ist, doch ebenfalls geblieben. Der Einfluss der französischen Seite der von ihm besetzten Politik ist beständig. Es ist gelungen, die französische Politik demütiglich zu stimmen, an dem wirklichen Inhalt des Sachverständigenkonsenses zu nehmen. Es ist weiter gelungen, die französischen Gesichtspunkte, die früher allein für Frankreich maßgebend waren, in den Hintergrund zu schieben. Ob dieser bisherige Erfolg auch für eine weitere Regelung grundlegend ist, ist vor der Hand nicht zu sagen. Immerhin darf dieser bisherige Erfolg nicht unterschätzt werden. Eine französische Formel besagt, dass die französische Politik nachgeben müsste, wenn sich England und die beteiligten Staaten in Übereinstimmung befinden. Es scheint, als ob diese alte Formel am Dual d'Orsay auch heute noch nicht in Vergessenheit geraten ist.

Das Protokoll der zweiten Kommission.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 29. Juli. Die zweite Kommission war bereits im Verlaufe ihrer letzten Sitzung zu einer völligen Einigung gelangt. Es wurde ein Protokoll ausgearbeitet über die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches, das sieben Paragraphen umfasst. Der zweite Paragraph sieht vor, dass die Ausführung des Berichtes so schnell wie möglich erfolge. Die deutschen Gesetze, die zur Ausführung nötig sind, müssen am 15. August bis 15. Oktober endgültig ausgeführt sein. § 3 sieht die Sicherstellung eines Übergangsregimes zwischen dem 15. August und 15. Oktober vor. Am Ende dieses Zeitraumes wird die Linie innerhalb 30 Tagen aufgehoben, d. h. am 15. September, wenn möglich noch früher. § 4 besagt, dass Deutschland während der Übergangsperiode die Hälfte der vom Sachverständigenbericht vorgelegten Fahrpreise und Leistungen zahlen werde. Im Abzug kommen die an der Ruhr investierten Beträge, sowie die Besatzungskosten. § 6 sieht die Abholung von französisch-deutschen technischen Versprechen vor, die in Koblenz und Düsseldorf unmittelbar nach Ausgang der Londoner Konferenz stattfinden werden. § 7 bestätigt, dass nach einstimmiger Ansicht der Kommission eine dauerhafte Regelung auf Grund des Sachverständigenberichtes nur dann möglich ist, wenn zwischen den verbündeten Regierungen und dem deutschen Kabinett ein

Abkommen

über die nachstehenden Punkte abgeschlossen wird:

1. Sicherstellung der Naturaleistungen.
2. Errichtung von Maßnahmen zur Herbeiführung einer allgemeinen Amnestie.
3. Einschaffung von Schiedsgerichten für die Verbündeten und die Deutschen.
4. Garantien für die Ausführungen des Vertrages nach Aufhebung der Unterkommission in Bad Ems, die sich mit der Erteilung von Lizenztheinen befasst.

Der Bericht des zweiten Komitees wird noch mit der deutschen Delegation durchgesprochen werden.

Bei dem Komitee I, dem sogenannten Verschleisskomitee, geben die Verhandlungen mit den Bankiers weiter. Ebenfalls ist man im Komitee III nicht zu einer Einigung gekommen. Beide Komitees werden ihre Arbeiten wieder fortführen. Das vierte Komitee hat seinen Bericht fertiggestellt, der angenommen worden ist.

Erfolgslose Beratungen im ersten Komitee.

(Durch Funkspur.)

London, 29. Juli. Das erste oder politische Komitee trat gestern 11 Uhr vormittags zusammen. Theunis und Clemenceau waren, obgleich sie keine Mitglieder des Komitees sind, in ihrer Eigenschaft als Finanzminister anwesend. Die Kommissarformel Theunis, welche Beratungen der Republik und der alliierten Staaten mit zwei Gruppen von Dawes-Sachverständigen in Bezug auf die Erklärungen eines deutschen Vertrages bzw. das Ergebnis von Sanktionen vorliegt, wurde zuerst vorgebracht. Die französische Delegation gab ihre Bereitschaft und die Formel anzunehmen, wenn sie auch von allen übrigen Delegationen bedauernlos angenommen wird. Die Engländer bestanden jedoch darauf, dass das Ergebnis der Beratungen bindenden Charakter haben sollte. Dem widerstehen sich die Franzosen entschieden. Der amerikanische Delegierter Logan erklärte, dass seine Regierung die Durchführung des Dawesberichts als eine Art von größtem Interesse für die Vereinigten Staaten ansieht, und auch als einzigen praktischen Ausweg aus der gegenwärtigen schwierigen Lage Europas. Logan wies auf die Annahme zurück, dass die amerikanischen Bankiers sich von dem Pariser Hafen leiten lassen, sich in die Politik einzumischen. Schließlich fand Logan dadurch einen Ausweg, dass er eine eigene Formel vorschreibt, die dahin geht, dass es für das Komitee selbst wenig Zweck habe, zu beratschlagen, die Bedingungen der Sicherheit für die Umlauf zu festlegen, bevor die drei interessierten Parteien, Deutschland, die Bankiers und die Republik nicht selbst an den notwendigen Vereinbarungen gelangt seien. Sobald dies erfolgt sei, aber nicht vorher, werde es der Kommission möglich sein, die entsprechenden notwendigen Vereinbarungen zu ermöglichen. Raum hatte Logan seine Erklärungen bestätigt, als der belgische Premierminister Theunis sich erhob, um zu erklären, dass die Worte, die die Kommission hören gehört habe, amerikanische Logik, amerikanische Vernunft und amerikanische fair-männische Weisheit darstellen.

Dem Berichterstattler des „Daily Telegraph“ folgten dann seltsamerweise weder die englischen noch die französischen Vertreter auf den amerikanischen Vorschlag ein.

Der Hoffnungsfreudige Mussolini.

Zürich, 29. Juli. Nach einem romischen Telegramm der „Zürcher Nachrichten“ hat Mussolini beim gestrigen Besuch des Senators Alberti diesem versichert, dass die ihm angekündigten Nachrichten aus London und Paris so günstig lauten, dass sie ein erfolgreiches Ende der Londoner Konferenz verbürgten.